

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 17. Dezember 1969

Blatt 3700

200 Millionen für Grundankäufe

=====

6. Tag Budgetdebatte, 1. Referat

Verwaltungsgruppe X, Liegenschafts- und Zivilrechtswesen;
verschiedene Angelegenheiten

Referent: Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig (SPÖ)

Einnahmen 141,719.500 Schilling, Ausgaben 581.188.400
Schilling.

Wien, 17. 12. (RK) Für Grundtransaktionen der Stadt Wien sind im Jahr 1970 200 Millionen Schilling vorgesehen. Es geht dabei in erster Linie um den Erwerb großer zusammenhängender Flächen für den Bau neuer Stadtteile, wie sie etwa die Erweiterung der Großfeldsiedlung zur Seyringer Straße darstellt. Aber auch außerhalb Wiens wurden größere Areale erworben, etwa im Raum Kalksburg und in Ober-Laa. Und erst vor wenigen Wochen gab es eine Transaktion innerhalb der Stadt: 220.000 Quadratmeter wurden an der Triester Straße und der Neilreichgasse erworben. Damit ist der größte Teil des Grundes entlang der Wiener Südeinfahrten in der Hand der Bundeshauptstadt.

Stadtrat Hintschig stellte den "Bodenerwerb auf Vorrat" in den Mittelpunkt: Dadurch wird jede Verbauung nach Art von Fleckerlteppichen vermieden. Außerdem kann nur so die optimale wirtschaftliche Erschließung und eine sinnvolle Einordnung in das Gesamtkonzept des sozialen Städtebaues garantiert werden.

Andere Probleme gibt es in den dichter verbauten Gebieten: Die Assanierung wird durch kleine und kleinste Parzellen ebenso erschwert wie durch das Festhalten an antiquierten Eigentumsbegriffen. Hier wirkt sich das Fehlen entsprechender gesetzlicher Grundlagen besonders tragisch aus.

Die Bilanz des Jahres 1969 weist an Grunderwerbungen 1,33 Millionen Quadratmeter aus. Dafür wurden 343 Millionen Schilling ausgegeben. Gegenüber 1968 sind das höhere Kosten für weniger Boden. Die Erklärung liegt darin, daß es sich im Jahre 1969 um wertvollere Liegenschaften mit entsprechend höherem Preis handelte.

Für 1970 sind auch wieder umfangreiche Verkäufe in der Größenordnung von etwa 55 Millionen Schilling geplant. Diese Verkäufe dienen vornehmlich der An- oder Umsiedlung von Betrieben. Dazu kommt natürlich auch - dem selben Zweck dienend - die Bestellung und Vergabe von Baurechten.

Gemeinnützige Wohnbauvereinigungen erhielten 1969 Baurechte an Grundstücken im Ausmaß von mehr als 100.000 Quadratmeter. So fördert die Stadt den sozialen Wohnbau. 1970 soll im erhöhten Maß zum Verkauf von Grundstücken an Wohnbauvereinigungen übergegangen werden.

Die Vergebung von Baurechten ist auch für das Parkraumproblem von Bedeutung, nämlich wegen der Errichtung von Garagen. Die Privatinitiative zum Bau von Tiefgaragen hat erfreulich zugenommen, seitdem sich gezeigt hat, daß die Kosten je Stellplatz bei etwa 50.000 Schilling gehalten werden können. Unter dem Beethovenplatz und unter dem Rathausplatz wurde bereits mit solchen Bauvorhaben begonnen, weitere stehen bevor.

Ebenfalls zur Verwaltungsgruppe X gehören Grundstücksoperationen in der Form von Umlegungen. Dieses international schon sehr gebräuchliche Instrument zur Erzielung besserer Grundstückszuschnitte - und damit höherer Nutzungsmöglichkeiten - wurde in Wien vor einiger Zeit erstmals exerziert. Es handelt sich um das Areal südlich der Scheydgasse im 21. Bezirk. Stadtrat Hintschig sprach seine Zufriedenheit darüber aus, daß durch dieses erste Beispiel auch mißtrauische und abwartende Grundeigentümer von den Vorteilen solcher Operationen überzeugt worden sind.

Gleichzeitig urgierte der Referent eine Rationalisierung innerhalb der Stadtverwaltung: Er forderte die Schaffung eines

zentralen Grundkatasters, der die notwendige Abstimmung der richtigen Daten bei allen grundverwaltenden Dienststellen übernehmen soll, und zwar besonders hinsichtlich der Kriterien Grundbuchstand, Katasterstand und tatsächlicher Bestand in der Natur. Er bezeichnete eine solche zentrale Grundevidenz als unerläßliche Voraussetzung einer zeitgemäßen Grundverwaltung.

Der Referent wies auf die umfangreiche Arbeit im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau hin: Allein für den ersten Bauabschnitt (Paulanergasse - Stephansplatz) mußten 142 Wegservitute erworben werden. Stadtrat Hintschig sagte voraus, daß ganz allgemein auf dem Gebiet der Grundstücksoperationen die Lösung der bevorstehenden Aufgaben einen stark erhöhten finanziellen Aufwand erfordern werde.

182,8 Millionen sind für die Feuerwehr der Stadt Wien reserviert. Im kommenden Jahr steht die Fertigstellung folgender Objekte bevor: Feuerwache Simmering, neue Gerätehäuser für die Freiwilligen Feuerwehren Breitenlee und Süßenbrunn. Für die beiden letzten Feuerwachen, die noch aus der Zeit vor 1914 stammen, nämlich Landstraße und Dornbach, wird die Planung der Neubauten nächstes Jahr abgeschlossen, so daß 1971 mit den Neubauten - übrigens an besseren Standorten - begonnen werden kann. Die rasche Stadtentwicklung links der Donau macht außerdem Überlegungen notwendig, ob die dort vorhandenen Feuerwachen nicht verstärkt oder überhaupt durch eine neue Feuerwache ergänzt werden müßten.

Hinsichtlich des Presse- und Informationsdienstes ging Stadtrat Hintschig auf mehrfach geäußerte Kritik an der Beauftragung eines amerikanischen Public-Relations-Beraters ein. Die "angeblich zu hohen Kosten" haben sich außerordentlich bezahlt gemacht: Im ersten Halbjahr 1969 konnten 60 Zeitungsausschnitte insgesamt 13.000 Zeilen - zum Teil aus den prominentesten Blättern der USA - gesammelt werden. Alle diese Mitteilungen sind auf die Initiative des US-Beraters zurückzuführen. In Inseratenform hätte eine derartige Wien-Information Unsummen verschlungen.

Tiefster Stand an vorgemerkten Wohnungswerbern
=====6. Tag Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe XI, Wohnungswesen

Referent Stadtrat Reinhold Suttner (SPÖ)

Einnahmen 1.806,738.300 Schilling, Ausgaben 2.412,722.900 Schilling.

Wien, 17.12. (RK) Stadtrat Suttner stellte zunächst fest, daß das Kapitel Wohnungswesen nicht nur unter einem anderen Hauptstück - XI statt bisher IX - zu finden sei, durch die Neueinteilung der Geschäftsgruppen habe sich auch eine wesentliche Veränderung des Aufgabenbereiches und damit auch des Budgetrahmens ergeben.

Bei der Wohnhäuserverwaltung hat sich die Zahl der Objekte vom 1. Jänner bis 30. November 1969 um 31 Anlagen mit 5.361 Wohnungen und 358 Geschäftsräumen erhöht. Von den 5.719 durch Neubau hinzugekommenen Mietobjekten sind 4.780 oder 83,5 Prozent zentralbeheizt. Insgesamt gibt es derzeit 20.165 zentralbeheizte Objekte.

Die MA 52 verwaltet gegenwärtig 1.912 Wohnhausanlagen und Siedlungen, in denen sich 174.350 Wohnungen und 9.186 Geschäftslokale befinden. An Mietzinseinnahmen wird für 1970 mit 262,5 Millionen Schilling gerechnet, das ist eine Steigerung um 18,5 Millionen infolge Zuganges weiterer Mietobjekte.

Die zu den Wohnhausanlagen gehörenden Grünflächen haben bereits ein Flächenmaß von 4,5 Millionen Quadratmeter erreicht, eine Fläche, die fast dreimal so groß wie das Areal von Schönbrunn ist oder etwa einem Fünftel des Flächenausmaßes des Lainzer Tiergartens entspricht. Da bereits gute Erfahrungen mit der Betreuung der Grünflächen durch die Hausbesorger gemacht wurden, wird diese Aktion in Zukunft weiter ausgebaut.

./.

In den letzten zwölf Monaten wurden von der Magistratsabteilung 50 insgesamt 8.641 Wohnungen vergeben. Seit Wegfall des Einweisungsrechtes in Privatwohnungen ist dies die absolut höchste Ziffer, die innerhalb eines Jahres erreicht wurde. Damit wird auch das ganze Gerede über angeblich unanbringliche Gemeindewohnungen ad absurdum geführt.

Die rege Bautätigkeit der Stadt Wien aber auch der Gemeinnützigen Bauvereinigungen hat zu einer merklichen Senkung der Zahl der vorgemerkten Wohnungssuchenden geführt. Mit Ende November wurde der tiefste Stand an Vorgemerkten seit Bestand des Wohnungsamtes verzeichnet, nämlich 22.612.

Von insgesamt 5.259 baukostenpflichtigen Wohnungen, die heuer vergeben wurden, haben 2.940 Wohnungswerber den Baukostenbeitrag zur Gänze erlegt. In 1.087 Fällen wurde ein Teilbetrag erlegt, für die restlichen Baukosten wurde Ratenzahlung bewilligt.

In weiteren 307 Fällen wurde neben einer Teilzahlung der restlichen Baukostenbeitrag gestundet, in 308 Fällen wurde für den gesamten Baukostenbeitrag Ratenzahlung bewilligt, und in 617 Fällen erfolgte eine gänzliche Stundung.

Das Sinken der Zahl der Vormerkungen macht es möglich, ab 1. Jänner 1970 die Vormerkungsbestimmungen in einem sehr entscheidenden Punkt - nämlich hinsichtlich des Überbelages - zu ändern.

Wurde bisher ein Überbelag dann gewertet, wenn die Zahl der in einer Wohnung lebenden Personen die Zahl der Wohnräume um mindestens drei überstieg, wird ein Überbelag künftig dann angenommen, wenn auf einen Wohnraum mehr als zwei Personen entfallen. Das wird sich insbesondere bei den zahlreichen Zimmer-Küche-Wohnungen auswirken, wo bisher ein Überbelag erst ab vier Personen, künftig aber schon ab drei Personen angenommen wird.

Die Zahl der Wohnungssuchenden wird durch diese Maßnahme wieder ansteigen. Die Zimmer-Küche-Wohnung ist bekanntlich die Standardwohnung in den alten Häusern, in derartigen Wohnungen leben Hunderttausende Wiener.

In aller Deutlichkeit stellte Stadtrat Suttner fest, daß niemand von den Wohnungssuchenden, die nach dem 1. Jänner 1970 vorgemerkt werden, erwarten dürfe, schon innerhalb der nächsten

vierzehn Tage eine Wohnung zu bekommen. Das Wohnungsamt ist derzeit dabei, alle Vormerkungen für Computerbearbeitung zu speichern; bisher sind bereits über 11.500 Akte gespeichert. Mit Hilfe des Computers werden die Wohnungssuchen sowohl nach Dringlichkeit, wie auch nach der Dauer der Vormerkung ausgewählt, so daß sich für jene Wohnungswerber, die erst jetzt vorgemerkt werden, zweifellos längere Wartezeiten ergeben müssen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

26 millionen fuer einrichtungen in st. marx

4 wien, 17.12. (rk) im neuen fleischzentrum st. marx gehen die bauarbeiten zuegig weiter: kuehblock und fleischmarkt sind die ersten abschnitte, die gestalt annehmen. 26,2 millionen schilling fuer die schlachttechnische ausstattung des viehmarkts, des fleischmarkts und des kuehlblocks wurden mittwoch vom hochbauausschuss des gemeinderates auf antrag von stadtrat hubert p f o c h genehmigt. der grossauftrag wird an eine arbeitsgemeinschaft von wiener firmen vergeben. damit soll es moeglich werden, 1971 den betrieb im neuen fleischzentrum auch dann aufzunehmen, wenn die aeusseren bauarbeiten noch nicht ganz vollendet sind.

0907

Landesgesetzblatt mit dienstgeberabgabe erschienen

3 wien, 17.12. (rk) das 17. stueck des ''landesgesetzblatt fuer wien'' enthaelt das vom wiener landtag am 11. juli und 12. september beschlossene gesetz ueber die einhebung einer dienstgeberabgabe, der sogenannten u-bahn-steuer.

das landesgesetzblatt ist um einen schilling im drucksortenverlag der stadthauptkasse, 1, rathaus, stiege 7, hochparterre, und in der verkaufsstelle der oesterreichischen staatsdruckerei-wiener zeitung 1, wollzeile 27a, erhaeltlich.

0859

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)Liegenschafts-Debatte
=====

Wien, 17. 12. (RK) GR. Müller (DFP) übte Kritik an der Höhe der Präsidialausgaben und forderte in einem Antrag die Reduzierung der veranschlagten elf Millionen Schilling auf drei Millionen.

Weitere kritische Anmerkungen galten der publizistischen Arbeit der Stadtverwaltung und Publikationen des Presse- und Informationsdienstes. Die einzelnen dafür eingesetzten Posten stellten eine "Budgetverschleierung" dar.

Zum Thema Liegenschaften meinte der Redner, daß der Privatbesitz nicht ganz zerstört werden sollte.

Auch mit dem Einsatz der Bundespolizei zeigte sich der DFP-Redner unzufrieden.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bezog sich auf eine Äußerung von Dr. Drimmel, der dem Wiener Polizeipräsidenten für die rechtzeitige Vorbeugung gegen Manifestationen der außerparlamentarischen Opposition gedankt haben sollte. Hirnschall meinte, Präsident Holoaubeck komme ein derartiges Verdienst nicht zu: vielmehr liege die Ruhe daran, daß Extremisten - wie es sie ja auch in Wien gebe - in Österreich einfach keine Resonanz finden.

Viel ernster hingegen sei die Krise in den allgemeinen Sicherheitsverhältnissen. Dies betreffe gar nicht so sehr die Kapitalverbrechen, sondern die Häufung von Gewalttätigkeiten aller Art, die dazu führt, daß besonders alte Leute sehr beunruhigt sind und am Abend die Straßen mancher Bezirke meiden. Da die derzeitige Organisationsform der Wiener Polizei nicht geeignet sei, einen wirksamen Schutz der Bevölkerung zu garantieren, sollten der Bürgermeister und der zuständige Stadtrat ehestens mit dem Polizeipräsidenten in Kontakt treten, um Maßnahmen zur Erhöhung des effektiven Bevölkerungsschutzes zu besprechen.

Hinsichtlich des PID meinte Hirnschall, er könne sich eingehendere Erörterungen ersparen, da er es schließlich gewesen sei, der schon vor Jahren vor der sich anbahnenden Entwicklung gewarnt habe. Seine Fraktion sei niemals gegen die Information des Bürgers,

sehr wohl aber gegen die in Presse- und Informationsdienst praktiziert Selbstbeweihräucherung, Hofberichterstattung und kaum verdeckte Wahlpropaganda. Dies sei genau derselbe Mißbrauch von Steuergeldern, wie er von der Bundesregierung mit ihrer Informations-tätigkeit getrieben werde. Zum Vertrag mit dem amerikanischen PR-Konsulenten Maurice Feldman erklärte der Redner, die von Stadtrat Hintschig angeführten Zeitungsausschnitte mit Meldungen über Wien seien keineswegs Beweis dafür, daß das Honorar gut angelegt sei. Über alle Städte werde in allen Zeitungen aller Länder immer wieder publiziert, und zwar ohne jede Nachhilfe von seiten irgendwelcher Konsulenten.

Zum Komplex Demokratiereform erneuerte Hirnschall die Wünsche seiner Fraktion nach der Einführung einer Fragestunde und der Verankerung des Volksbegehrens in der Wiener Stadtverfassung.

GR. Dr. Drimmel (ÖVP) meldet sich zu einer Richtigstellung zu Wert. Er habe sich in seinem Budgetbeitrag mit der Wiener Studentenschaft beschäftigt und auf den vorteilhaften Unterschied der polizeilichen Aktionen in Wien gegenüber jenen in der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen. Selbstverständlich bezogen sich seine Ausführungen nicht auf die Vorfälle im Zusammenhang mit dem Exkommunisten Genner, sondern auf die Großdemonstrationen der Studenten, wie sie in Wien stattgefunden haben. Er habe sich mit einer Welle auseinandergesetzt, die aus der Bundesrepublik komme und die auf Wien übergegriffen hat. Ein Beispiel dafür sei auch gestrige Fernsehsendung. Eine Sendung, in der uns aus Österreich exportierte Schmutzfinken in bundesdeutscher Verkleidung vorgeführt wurden. Menschen, die ihr eigenes Land in der niederträchtigsten Weise besudelt, seine Kunst und seine kulturelle Vergangenheit mit Ausdrücken kritisiert haben, die unter ordentliche Menschen überhaupt nicht verwendet werden. (GR. Windisch, SPÖ: eine Schande!) Und diese Schmutzwelle aus Deutschland habe er gemeint und nicht die Exzesse des Sohnes des Exkommunisten Laurenz Genner. (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) schlug vor, die Form der Budgetdebatte zu ändern. Vielleicht sollten die Geschäftsgruppen nur in den Ausschüssen diskutiert werden, die Generalredner könnten dann die großen Linien im Plenum des Gemeinderates abhandeln.

vielleicht sollte ein Budgetausschuß eingeführt werden - aber dazu konnte sich bisher die Mehrheit des Hauses nicht entschließen.

Die vergangene Arbeiterkammerwahl hat gezeigt, daß es technisch möglich ist, jedem Wähler auf einer durch den Computer gedruckten Karte Wahlort und Wahlzeit mitzuteilen. Das sollte auch für die Wiener Gemeinderatswahl gemacht werden.

Der "Tag der offenen Tür" wird von Jahr zu Jahr problematischer: er ist nun nur mehr auf das Rathaus und die Feuerwehr beschränkt. Bei den Jungbürgerbällen sind, wie der Augenschein zeige, nicht nur Jungbürger als Gäste.

Hinsichtlich des Presse- und Informationsdienstes sei es schwer den Gesamtumfang des für ihn vorgesehenen Budgets herauszubekommen. Amateure in der Wiener Budgetwissenschaft sind bisher auf zirka 44,8 Millionen gekommen, das würde zusammen mit den Personalkosten etwa 50 Millionen ergeben. Das ist um zehn Millionen mehr, als die Bundesregierung für die Öffentlichkeitsarbeit für ganz Österreich ausgibt.

Für ein so gewaltiges Bauvorhaben wie die U-Bahn sei zwar eine Sonderinformation notwendig, fraglich sei jedoch, ob bis jetzt schon 3,4 Millionen dafür ausgegeben werden mußten. Fraglich sei auch, wozu der Presse- und Informationsdienst einen Messepavillon benötigt, für den als erste Baurate drei Millionen vorgesehen sind.

Der Debattenredner betonte, er stelle sich keineswegs dagegen, daß eine Gebietskörperschaft wie Wien eine großangelegte Werbung betreibt. Es sei aber die Frage, ob sie in diesem Ausmaß notwendig und auch wirklich effektiv sei. Die Effektivität werde schon in Frage gestellt, wenn man die Maße der Broschüren betrachte. Problematisch seien Ausstellungen; statt einer in einer fremden Landeshauptstadt gezeigten Ausstellung wäre es vielleicht besser, in dem betreffenden Land einen Fernsehfilm zu zeigen.

Beim Amtsblatt sei die fallweise eingebundene und in 80.000 Exemplaren hergestellte Betriebszeitung "Unter uns" problematisch, die wie eine mit großem Aufwand hergestellte Maturazeitung wirke.

Lobend erwähnte GR. Dr. Glatzl den "Ratgeber für die Wiener", den Karlsplatzprospekt und den Friedhofsprospekt. Hingegen seien

die Plakataktionen im Großen und Ganzen reine Propaganda, die Entwürfe dazu manchmal sehr unter dem Durchschnitt. Bei manchen Inseratenaktionen schien das Geld des Presse- und Informationsdienstes noch am besten angelegt gewesen zu sein.

Information und Aufklärung, wie sie die Rathaus-Korrespondenz betreibt, sei zu bejahen, einseitige Propaganda müsse jedoch verneint werden.

GR. Friederike Seidl (SPÖ) - auf dem Rednerpult vor sich ein rotes Spielzeugfeuerwehrauto - befaßte sich eingehend mit der Arbeit der Feuerwehr, brachte Wünsche vor und sparte auch nicht mit Lob. Die Zahl der Einsätze wächst ständig, heuer werden es über 13.000 sein. Dabei sind dreimal so viel technische Hilfsleistungen wie Brandeinsätze zu verzeichnen. Bei einem Personalstand von 1.334 Feuerwehrmännern kommt ein Mann auf 1.287 Einwohner.

Probleme wird die kommende Arbeitszeitverkürzung (derzeitige Arbeitszeit 68 1/2 Wochenstunden) bringen. Es wären 865 zusätzliche Feuerwehrmänner notwendig. Ein Problem, das nur durch ständige Rationalisierung und technische Modernisierung wenigstens teilweise gelöst werden kann. In diesem Zusammenhang verwies die Gemeinderätin auf die Verwendung von Frauen als Feuerwehrfahrerinnen in England.

Notwendige Maßnahmen sind der erfolgte Ankauf des Öleinsatzfahrzeuges, der ständige Ausbau des Funkmeldeverkehrs und die Umstellung der Nachrichtenzentrale auf die Zwei-Meter-Funkfrequenz.

Eine höhere Effektivität würde auch die Zusammenlegung mehrerer Gruppenwachen zu einer Zugwache bedeuten. Zwecks Verwaltungsvereinfachung bei der Beschädigung von PKW's durch Feuerwehrfahrzeuge im Zuge der Schneeräumung schlug Friederike Seidl den Abschluß einer Pauschalhaftpflichtversicherung vor.

Gegen ungerechtfertigte Presseangriffe anläßlich des Großbrandes in der kanadischen Botschaft nahm die Rednerin die Feuerwehr energisch in Schutz. Bereits vier Minuten nach der Brandmeldung war der erste Bereitschaftszug am Brandort.

GR. Dr. Habl (ÖVP) kritisierte die "unrealistischen Ansätze" für Grundstücksankäufe, von denen man ja wisse, daß sie während des Budgetjahres immer wieder überschritten würden. Überdies sei

es merkwürdig, daß diese Ansätze nach mehrjährigem Steigen (von 150 auf 220 Millionen) im Budgetjahr 1970 plötzlich rückläufig seien (200 Millionen).

Der Redner deponierte den Dank seiner Fraktion für die schwere und unermüdliche Arbeit der Feuerwehr, merkte allerdings an, daß mit einer Reaktion des Kontrollamtes zu rechnen sei, wenn man - wie geschehen - Reisen der Feuerwehrkapelle in die Schweiz und nach Deutschland als Dienstreisen deklariere.

Dr. Habl forderte auch eine Modernisierung der Wiener Stadtverfassung, besonders hinsichtlich des Stückes "Wien als Land". Zur Ablehnung verschiedener einschlägiger ÖVP-Anträge meinte er, es sei doch merkwürdig, daß diese Ablehnung hinsichtlich der Einführung einer Fragestunde darauf zurückzuführen sei, daß der - dafür gar nicht zuständige - Magistrat die Meinung vertreten habe, für eine Fragestunde bestehe "kein Bedürfnis".

Die direkte Demokratie in der Gemeinde sei am Beispiel Graz vorexerziert worden: Dort habe man die Bevölkerung über die Alternativen zur Renovierung des Rathauses entscheiden lassen. In Wien böte etwa das Projekt der Donauinsel eine hervorragende Gelegenheit zu ähnlichem Vorgehen.

GR. Srp (SPÖ) erklärt zur Kritik am U-Bahn-Plakat, daß dieses sicher mehr Anklang fände als das ÖVP-Plakat "15 Jahre zu spät". Denn nicht einmal die Naivsten werden glauben, daß wir damals bereits mit dem U-Bahn-Bau hätten beginnen können. Eine Volksbefragung über den Hochwasserschutz würde sicherlich positiv ausfallen. Er hätte sich gefreut, hätte die ÖVP eine Volksbefragung bezüglich Abhaltung der Olympiade durchgeführt.

Grundtransaktionen: Sie stellen eine Schlüsselposition im Gesamtbudget dar, hängt es doch entscheidend von ihnen ab, in welchem Maße wir unsere Bauvorhaben, die Schaffung von Erholungsflächen und Betriebsansiedlungen vornehmen können.

Der Vorwurf, die Stadtverwaltung kaufe wahllos Grundstücke, gehe daneben. Sie kann nur dort Grund kaufen, wo er angeboten wird und wo der Kauf vor der Öffentlichkeit vertreten werden kann. Wir würden selbstverständlich auch einen "Hofratsteich" um einen Quadratmeterpreis von einem Schilling kaufen, wenn er uns angeboten würde. Wir würden ihn aber für andere Zwecke als für

Hofräte verwenden. Leider wird durch das Fehlen eines geeigneten Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes der notwendige Grunderwerb in vielen Fällen verschleppt oder verhindert.

Der Redner verweist in diesem Zusammenhang auf den Bau des Wiener Grünmarktes in Inzersdorf, für den außer den vorhandenen Gemeindegrundstücken 267.000 Quadratmeter gekauft oder im Tauschwege erworben werden mußten. Als man hörte, daß die Gemeinde auf diesem Gelände ein Projekt vorbereitete, stiegen die Grundpreise und die Verhandlungen zogen sich in die Länge.

Als man in Kaisermühlen für ein geplantes Schulgebäude den nötigen Grund erwerben wollte, wurde das hierfür vorgesehene Areal trotz bereits mit der Gemeinde geführter Verhandlungen an die Nationalbank verkauft. Die Gemeinde schlug der Nationalbank den Tausch dieser Grundfläche gegen entsprechende andere vor, nicht nur im 22. Bezirk, sondern auch in Hadersdorf und im 19. Bezirk. Alle diese Angebote wurden abgelehnt. Man hat dann die Schule anderweitig vergrößert. Nun, nach viereinhalb Jahren, wird uns dieser Grund von der Nationalbank zum Kauf oder zum Tausch angeboten, um eine Tiefgarage errichten zu können. Derartige Fälle zeigen, wie notwendig entsprechende Gesetze wären. Wir brauchen Grund, um die Wünsche der Bevölkerung erfüllen zu können.

In seinem Schlußwort kam Stadtrat Dkfm. Hintschig (SPÖ) zuerst auf die mehrmals kritisierte Höhe der Repräsentationskosten zu sprechen. Beträge, die dafür ausgegeben werden, Wien als bedeutendes kulturelles Zentrum herauszustreichen, sind nicht umsonst ausgegeben: sie fließen über den vermehrten Fremdenverkehr wieder in unsere Kassen zurück.

Die Kosten für den Presse- und Informationsdienst müsse man in der richtigen Relation sehen. Halte man dagegen die Werbebudgets in der Privatwirtschaft, dann schneidet Wien schlecht ab. Wenn andere Städte wehiger tun, dann gereiche es Wien eher zur Ehre, daß wir mehr machen.

Zu Polizei und Sicherheit: Sowohl Bürgermeister Marek als auch er selbst hätten bereits mit dem Polizeipräsidenten über diese Probleme gesprochen. Leider fehle das notwendige Personal. Der Polizeipräsident habe zugesagt, mit dem Innenminister diese Dinge zu erörtern.

Zur Feuerwehr: Die Ausrüstung müsse weiter modernisiert werden, um einerseits die Schlagkraft zu erhöhen, andererseits Personal einzusparen. Dringend notwendig ist der Neubau der Feuerwachen Landstraße und Dornbach; im dritten Bezirk konnte bereits ein entsprechendes Grundstück erworben werden.

Zum Vorwurf, Wien besitze zu viele unverbauten Grundstücke: Diese 61 Millionen Quadratmeter bestehen aus 10,5 Millionen Quadratmeter Parkanlagen, 20 Millionen landwirtschaftlich genutzter Gründe, 2,7 Millionen Hafengelände, 5 Millionen Prater und Krieau sowie 1,1 Millionen Quadratmeter Lagerplätze.

Bei Grundstückankäufen wird kein Vermittler eingeschaltet. Wenn aber beispielsweise ein Realitätenhändler, der den Verkäufer vertritt, ein Angebot macht, dann müsse dem Realitätenhändler eine Provision bezahlt werden.

Die Enteignungsverfahren im Zuge der Errichtung des Großgrünmarktes sollten zutreffender "Zwangverkäufe im öffentlichen Interesse" genannt werden.

Nachteilig sei das Fehlen geeigneter Gesetze zur Bodenbeschaffung. Abstimmung: Der Antrag der DFP, betreffend die Änderung der Repräsentationskosten wurde abgelehnt.

Die Ansätze des zehnten Hauptstückes werden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Liegenschaftsdebatte (Zusammenfassung)
=====

Wien, 17.12. (RK) In seinem Referat zur Verwaltungsgruppe X, Liegenschafts- und Zivilrechtswesen; verschiedene Angelegenheiten (Ausgaben 581 Millionen), beschäftigte sich Stadtrat Dkfm. Hintschig (SPÖ) besonders eingehend mit den Grundtransaktionen der Stadt Wien. Die Ansätze dieser Geschäftsgruppe wurden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Wie der Stadtrat betonte, wird durch den "Bodenerwerb auf Vorrat" jede Verbauung nach Art von Fleckerlteppichen vermieden. In dichter verbauten Gebieten wird leider die Assanierung durch kleine und kleinste Parzellen ebenso erschwert wie durch das Festhalten an antiquierten Eigentumsbegriffen. Im Jahr 1969 wurden 1,33 Millionen Quadratmeter um 343 Millionen erworben.

Andererseits werden Grundstücke an Wohnbauvereinigungen verkauft. 1969 wurden Baurechte im Ausmaß von mehr als 100.000 Quadratmeter vergeben. Diese Baurechte sind auch für die Errichtung von Garagen von Bedeutung. Die Privatinitiative hat hier erfreulich zugenommen, seitdem sich gezeigt hat, daß die Kosten pro Stellplatz bei 50.000 S liegen.

Als eine unerläßliche Voraussetzung für eine zeitgemäße Grundverwaltung verlangte Stadtrat Hintschig eine zentrale Grundevidenz.

Viel Arbeit gibt es mit dem U-Bahn-Bau. Allein für den Abschnitt Paulanergasse-Stephansplatz mußten 142 Wegservitute erworben werden.

Für die Feuerwehr sind 182,8 Millionen vorgesehen. 1970 sollen die Feuerwache Simmering und neue Gerätehäuser für die Freiwilligen Feuerwehren Breitenlee und Süßenbrunn fertiggestellt werden. Für die letzten alten Feuerwachen, nämlich Landstraße und Dornbach, wird 1971 mit Neubauten begonnen.

GR. Müller (DFP) übte Kritik an der Höhe der Präsidialausgaben und der Arbeit des Presse- und Informationsdienstes. Zum Thema Liegenschaften: Der Privatbesitz sollte nicht ganz zerstört werden.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bezieht sich auf eine Äußerung von Dr. Drimmel, der den Polizeipräsidenten für die rechtzeitige Vorbeugung gegen Manifestationen der außerparlamentarischen Oppositionen gedankt habe und schließt daran an, daß die allgemeinen Sicherheits-

verhältnisse zu Besorgnis Anlaß geben. Beim Presse- und Informationsdienst lehnte er die Selbstbeweihräucherung, die Hofberichterstattung und kaum verdeckte Wahlpropaganda ab.

GR. Dr. Drimmel (ÖVP) meldet sich zu einer Richtigstellung zu Wort. Er habe in seiner Rede auf den vorteilhaften Unterschied der polizeilichen Aktionen in Wien gegenüber jenen in Deutschland hingewiesen. Die Fernsehsendung (Tu Felix Austria) am Dienstag abend kritisierte Drimmel in diesem Zusammenhang auf das heftigste.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) schlägt Reformen für die Budgetdebatte vor. Der "Tag der offenen Tür" wird immer problematischer. Beim Presse- und Informationsdienst kritisierte er die Höhe der Ansätze (zehn Millionen mehr als die Bundesregierung). Die Effektivität der Arbeit des PID sei in Frage gestellt. Zu loben sei der Ratgeber und die "Rathaus-Korrespondenz".

GR. Friederike Seidl (SPÖ) befaßte sich eingehend mit der Arbeit der Feuerwehr und nahm sie gegen ungerechtfertigte Angriffe in Schutz.

GR. Dr. Habl (ÖVP) kritisiert die unrealistischen Ansätze für Grundstückankäufe und fordert neuerlich die Einführung einer Fragestunde.

GR. Srp (SPÖ): Das Wiener U-Bahn-Plakat findet sicher mehr Anklang als das seinerzeitige ÖVP-Plakat "15 Jahre zu spät". - Die Grundtransaktionen beeinflussen entscheidend die Durchführung der städtischen Bauvorhaben. Die Stadtverwaltung kann nur dort Grund kaufen, wo er angeboten wird. Die Beispiele Großgrünmarkt (die Grundpreise stiegen als die Gemeinde Grundstücke erwerben wollte) und Kaisermühlen (es war nicht möglich, den nötigen Grund für ein Schulgebäude zu erwerben) zeigen, wie notwendig entsprechende Gesetze wären.

- - -

Explosion in Gemeindewohnung
=====

Wien, 17.12. (RK) Durch eine Gasexplosion wurde am Mittwoch um 8.52 Uhr die Wohnung der 82 Jahre alten Franziska Krautschneider in der Winarskystraße 19, Stiege 19, 4. Stock, Tür 16, schwer beschädigt. Franziska Krautschneider wurde dabei leicht verletzt. Vor Eintreffen der Feuerwehr hatte ein Nachbar der Wohnungsinhaberin, der Bundesbahnpensionist Franz Dobruschka, das infolge der Explosion entstandene Feuer in der Küche der Wohnung mit einigen Kübeln Wasser gelöscht. Die Feuerwehr mußte über Anordnung der Baupolizei eine von zwei beschädigten Zwischenwänden pölzen.

Von der Feuerwehr konnte die Ursache dieser Explosion eindeutig geklärt werden: Zwei Hähne des Gasherdes von Franziska Krautschneider mußten einige Stunden lang bereits offen gewesen und daher Gas ausgeströmt sein, als die alte Frau versuchte, eine Flamme des Gasherdes zu entzünden. Dabei kam es zu einer Explosion des Luft-Gas-Gemenges.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

16 Wien, 17.12. (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 4 bis 5 S, Karotten 5 S, Weißkraut 3 bis 4 S, Kohl 6 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel, Qualitätsklasse II 5 bis 7 S, Kochobst 3 bis 4 S, Bananen 6 bis 8 S, Orangen 5.50 bis 6 S je Kilogramm.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Wohnungsdebatte

=====

Wien, 17. 12. (RK) GR. Dr. Tuma (DFP) deponierte Beschwerden über Mißstände des Wohnungswesens. Den Wohnungswerbern, insbesondere jungen Eheleuten und kinderreichen Familien werden zu hohe Lasten aufgebürdet. In diesen Fällen müßte der Wohnungsbau wirklich "sozial" sein: ohne sofortige Gegenleistung und bei minimaler Belastung für die Zukunft sollten die Wohnungen vergeben werden.

Die "Heimlichtuerei" bei der Wohnungsvergabe ist dem Redner ein besonderer Dorn im Auge: Er brachte dazu einen Antrag mit detaillierten Vergabemodalitäten durch die Bezirksvertretungen ein. Die Vergabelisten sollten dort öffentlich aufgelegt werden.

Mit einem Budgetrahmen von rund 2,4 Milliarden Schilling sei die Verwaltungsgruppe Wohnungswesen vom Aschenputtel zur Budgetprinzessin aufgestiegen, meinte GR. Dr. Schmidt (FPÖ). Für den Bürger jedoch sei nach wie vor die Zersplitterung auf dem Gebiet der Wohnbauförderung lästig, Vorschriften die vom Bund, vom Land und von der Gemeinde stammen. Hier müßte sich doch eine gemeinsame Basis finden lassen.

Den Wohnungsmarkt bezeichnete der Redner als "nach wie vor angespannt". Begrüßenswert sei allerdings die von Stadtrat Suttner für 1970 angekündigte Lockerung der Vormerkungsbedingungen. Noch immer nicht verwirklicht sei leider die Möglichkeit bargeldloser Mietzinszahlung in Gemeindewohnungen - unverständlich sei dies besonders deshalb, weil doch E-Werke und Gaswerke heute schon längst derartige Inkassomethoden praktizieren.

In der Praxis der Wohnungszuweisung sei man liberaler geworden, doch bei den jetzt sehr begehrten Altwohnungen (Errichtung vor dem 7.11.1958) oder bei Neuwohnungen in attraktiver Lage mache sich nach wie vor der "bestimmende Einfluß" der Rathausmehrheit bemerkbar.

GR. Deistler (SPÖ) verweist auf das Bestreben der Amtshäuserverwaltung, alle zentralen Stellen im und um das Rathaus zu konzentrieren. Wir wissen aber auch, daß wir einige Dienststellen in gemieteten Häusern unterbringen müssen. Über die Mieten für diese Amträume wird immer im zuständigen Ausschuß beraten.

Einen amtlichen Titel wie den der städtischen Wohnhäuserverwaltung für ein ÖVP-Wahlplakat zu verwenden, sei eine Anmaßung und eine Irreführung der städtischen Mieter.

Große Schwierigkeiten hat die Wohnhäuserverwaltung bei der Absiedlung von Mietern aus Althäusern, die aus Gründen der Assanierung abgetragen werden. Oft kann die schönste Neubauwohnung einem alten Menschen nicht die gewohnte Umgebung ersetzen. Zur Kritik an den neuen Siedlungsgebieten ist zu sagen, daß sich diese Siedlungen durch ihre hervorragende gärtnerische Gestaltung in blühende Gartenstädte verwandeln. Die Stadtverwaltung ist auch bemüht, in den in der Zwischen- und Nachkriegszeit errichteten Wohnhäusern verschiedene Verbesserungen vorzunehmen.

Die noch bestehenden 30 Zentralwaschküchen sollen durch maschinelle Kleinwaschküchen ersetzt werden. Der Rückgang in der Besucherzahl der Hausbadeanlagen geht auf die moderne Wohnbautätigkeit zurück. Der Aufzugseinbau in Althäusern kann nur im Einverständnis mit den Mietern vorgenommen werden.

Es gebe auch die Möglichkeit, zwei Kleinwohnungen an eine größere Familie zu vermieten, wobei die Mieter gerne bereit sind, aus eigenen Mitteln zur Modernisierung und Verbesserung der Wohnung beizutragen. Über die Möglichkeit der bargeldlosen Zinszahlung werden Untersuchungen angestellt.

Der Wohnungstausch ohne Leistung eines Baukostenbeitrages sei dann möglich, wenn zum Beispiel ein altes Ehepaar eine Großwohnung mit einer kinderreichen Familie aus einer Kleinwohnung tauscht. Leider habe sich das Mietrechtsänderungsgesetz auf den Wohnungstausch nachteilig ausgewirkt. Das Leerstehen von Altgemeindewohnungen sei auf die oft lange Zeit in Anspruch nehmenden Verlassenschaftsverhandlungen zurückzuführen.

Die Ansätze für Kinderspielplätze seien nicht nur in der Gruppe III sondern auch in den Gruppen VII und XI budgetiert. Die Wohnhäuserverwaltung ist ständig bemüht, die Kinderspielplätze instand zu halten und auch die Gartenanlagen werden gut betreut. Man wird in Zukunft versuchen, nachträglich Parkplätze unter den Grünflächen der Wohnhausanlagen zu errichten, um das soziale Grün nicht durch Beton zu ersetzen. Die Vermietung der Parkplätze erfolge gerecht. ./.

Die Geschäftslokale in neuen Wohngebieten wollen aus Geschäftsinteresse ihren Betrieb erst aufnehmen, wenn die Anlage vollkommen besiedelt ist.

GR. Kowersch (ÖVP) wies darauf hin, daß die Ansätze für das Wohnungswesen den Rahmen der übrigen Budgetansätze weit überlegen. Diese begrüßenswerte Steigerung sei zweifellos durch die erhöhten Leistungen des Bundes auf dem Wohnungssektor möglich geworden.

Bereits 1969 sei ein Teil der Bundesmittel nicht widmungsgemäß verwendet worden, auch 1970 werden nicht alle Beiträge rechtzeitig verbaut werden. Es müßte daher für die volle Ausnützung der Baukapazität gesorgt werden.

In Zukunft werde sich die Zahl der vorgemerkten Wohnungswerber vermindern, weil viele finanziell nicht mehr in der Lage sein werden, eine Gemeindewohnung nehmen zu können.

Die Lockerung der Vormerkbestimmungen sei zu begrüßen. Es ist zu hoffen, daß nun auch junge Ehepaare mit Kind, die mit den Eltern in einer Zweieinhalb Zimmer-Wohnung leben, einen Vormerkschein erhalten.

Man sollte davon abgehen, jungen Ehepaaren nur so große Wohnungen zu geben, als dies dem augenblicklichen Familienstand entspricht. Wenn sich die Zahl der Kinder vergrößert, müßte dann umgezogen werden. Maßgeblich sollte die finanzielle Leistungsfähigkeit sein.

Es wäre nun an der Zeit, daß die Stadt Wien nur mehr für die sozial wirklich Schwachen baut. Finanzkräftigere Wohnungswerber sollten den Genossenschaften überlassen werden. Auf diese Weise könnten enorme Beträge eingespart werden, mit denen man den Bau der U-Bahn finanzieren könnte.

Die Tauschbestimmungen sollten erleichtert werden. Gegenwärtig dürfte der Erfolg des Tauschreferats in keinem Einklang zum Aufwand stehen.

Als Grund für das lange Leerstehen fertiger Wohnungen nannte der Debattenredner den gesteigerten Verwaltungsaufwand. Bis zur Schlüsselübergabe vergehen oft mehrere Monate. Schätzungsweise stehen jährlich etwa 5.000 Wohnungen leer, wodurch der Gemeinde viel Zins entgeht.

Die Einbaumöbel sind zwar preisgünstig, aber ein weiteres Erschwernis. Früher, als die Wohnungswerber noch keinen Baukostenzuschuß zu bezahlen hatten, fiel es ihnen leichter, 17.000 Schilling aufzubringen.

Die Heizkosten bei Zentralbeheizung wurden ursprünglich pauschaliert berechnet. Das war ungerecht. Die nun in Einführung begriffene individuelle Berechnung sei zu begrüßen, aber noch immer sei nicht bekannt, auf welcher Basis sie erfolgt.

Das mit 1. Jänner 1970 in Kraft tretende Wohnungsverbesserungsgesetz zur Sanierung alter Wohnungen könnte den kommunalen Wohnungsbau fühlbar entlasten. Es wird auch dazu beitragen, die Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe zu verringern. Durch den Einbau von Aufzügen wird es möglich sein, daß viele alte Menschen in der altgewohnten Umgebung bleiben können.

GR. Schemer (SPÖ) konstatierte, daß heute sogar bei den Gegnern des kommunalen Wohnbaus ein Umdenken stattfindet. Dies sei nicht immer so gewesen: damit holte der Redner zu einem längeren historischen Rückblick aus, der anhaltende ÖVP-Protestrufe ("zur Sache, zum Budgetkapitel") hervorrief. Der soziale Wohnbau in den 20er Jahren sei es gewesen, der erst die Wohnungsnot zu lindern begann.

Heute stehen noch zehntausende Wohnungen leer, weil die Eigentümer auf Bestbieter warten. (ÖVP-Einwurf von Neusser: "Weil kein Assanierungsgesetz da ist". - Replik Schemer: "Ihre Partei weigert sich ja im Parlament, ich freue mich, daß sie nun gemeinsam mit der SPÖ gehen wollen")

Ein Problem bei der Assanierung ist, daß die Gemeinde die Häuser zu horrenden Preisen aufkaufen und die Mieter in kommunale Wohnungen einweisen muß. Auch bei baufälligen Wohnungen muß die Gemeinde die Mieter unterbringen, während der Hauseigentümer dann das sanierte Objekt mit Gewinn verkaufen kann. Die SPÖ lehnt diesen Schacher ab.

GR. Windisch (SPÖ) erwiderte auf verschiedene Argumente der Vorredner: Wien brauche sich seiner neuen Bauten nicht zu schämen, in anderen Städten seien vergleichbare Objekte keineswegs viel schöner, und außerdem sei die Gestaltung eines Bürohauses architektonisch leichter zu bewältigen als die eines Wohnhauses.

Zu den Bundesgesetzen der letzten Zeit, die das Wohnungswesen betreffen, meinte Windisch, die Hoffnung sei trügerisch gewesen, daß das Mietrechtsänderungsgesetz zu einem Sinken oder gar Wegfall der Ablösen führen werde. Im Gegenteil: Die Ablösen seien in ihrer Höhe gleichgeblieben (Windisch zitierte Beispiele aus dem Inseratenteil einer Tageszeitung), hingegen seien für die Hausbesitzer neue Verdienstmöglichkeiten durch die freie Mietzinsvereinbarung erschlossen worden.

Aber noch trauriger stehe es um die "Segnungen", die das Wohnungsverbesserungsgesetz bringen werde: 30 Millionen für ganz Österreich im Bundesbudget 1970, davon rund zehn Millionen für Wien. Windisch stellte diesem Betrag zwei Fakten gegenüber: Die Erneuerung einer Wohnung wird in Skandinavien mit rund 80 bis 90 Prozent der Neubaukosten angenommen. In Wien gibt es 130.000 Wohnungen, die älter sind als 90 Jahre (Zitat aus einer Pressekonferenz der ÖVP-Stadträte). Folgerung: Selbst unter der Voraussetzung, daß man die Erneuerungskosten mit nur 50 Prozent der Neubaukosten annimmt, werde mit dem zur Verfügung stehenden Betrag für nicht mehr als 100 von 130.000 Wohnungen eine Erneuerung möglich sein.

Windisch richtete an die ÖVP den Appell, auf ihre Bundesfraktion einzuwirken, um die Voraussetzungen für die Schaffung eines Assanierungsgesetzes herbeizuführen. Er begründete dies mit einem "Alarmerzeichen ersten Ranges": In der letzten Sitzung des Wohnbauförderungsbeirates habe die größte Wiener Wohnbauvereinigung keinen einzigen Förderungsantrag eingebracht, und zwar ganz einfach aus dem Grund, weil diese Wohnbauvereinigung eben keinen Baugrund mehr hat, auf dem sie Wohnungen errichten könnte. Windisch sagte, er wolle keinen Zweifel daran bestehen lassen, daß der Wohnbau in Wien einer Katastrophe zusteure, wenn auf dem Gebiet der Grundstücksbeschaffung nicht bald gesetzliche Regelungen erfolgen.

GR. Hahn (ÖVP) erklärt sich gerne bereit, der Aufforderung von Vizebürgermeister Slavik nachzukommen und im Fernsehen an einer Wohnbau-Debatte teilzunehmen. Das sozialistische Wohnbaukonzept habe viele Pferdefüße und weise viele Ungereimtheiten auf. Das Bausparen nur mehr dann zuzulassen wenn die angesparten Mittel

für den Erwerb einer Wohnung verwendet werden, würde sich auf den Kapitalmarkt äußerst ungünstig auswirken. Die Zahl der Bau-sparer würde dadurch sicherlich um zwei Drittel sinken.

Zum Ablöseswucher: Die Vertreter der ÖVP haben ihn nie verteidigt. Sie haben im Juli 1968 eine Anfrage an den Bürger-meister, betreffend Beachtung der Bestimmungen des Mietengesetzes gerichtet. Ende April hatte das Bundesministerium an alle Ämter der Landesregierungen ein Schreiben gerichtet, wonach im Ein-vernehmen mit Justiz- und Sozialministerium alle Landesregierungen ersucht werden, die nachgeordneten Behörden anzuweisen, daß den Bestimmungen des Mietengesetzes - besonders den Strafbestimmungen wegen zu hoher Ablösen - besondere Beachtung zu zollen wäre. Die Beantwortung dieser Anfrage war, daß eine Ausfertigung des Erlasses der Magistratsdirektion, in der auf den Erlaß des Bundesministeriums verwiesen wird, allen Magistratsdienststellen zur Kenntnis und Beachtung übermittelt wurde. Was haben nun die Bezirksämter auf Grund dieses Erlasses zur Bekämpfung des Ablöseswuchers unternommen und was tun sie gegen die Vermittlung von beupolizeilich gesperrten, gesundheitsschädlichen Wohnungen?

Das Wohnungsverbesserungsgesetz habe Gemeinderat Windisch als "Frozzelei" bezeichnet. Warum haben die Sozialisten im Nationalrat dieser "Frozzelei" zugestimmt? Dieses Wohnungsverbesserungsgesetz könne nur ein Anfang sein und die Länder müßten in eigenen Bereich geeignete Maßnahmen treffen.

Manche Häuser, für die Darlehen nach §7 gegeben wurden, hätten besser weggerissen werden sollen.

In Fragen der Wohnraumbeschaffung seien sich die Sozialisten anscheinend nicht einig. So verlangen die Vertreter der Bundesländer eine Verfassungsänderung in der Form, daß die Bodenbeschaffung Landessache wird.

Abschließend verweist der Redner darauf, daß die Gemeinde Wien 1962 um 210 Millionen Schilling die sogenannten Drasche-Gründe erworben hat. Die Gründe hätten in dieser Zeit entsprechend erschlossen und entweder von der Gemeinde selbst für den Wohnungs-bau verwendet werden müssen oder man hätte sie gemeinnützigen Wohnbauvereinen im Bauracht überlassen oder verkaufen können.

In seinem Schlußwort sagte Stadtrat Suttner, es sei egal, wo die Mittel für den Wohnbau herkommen, entscheidend sei die Belastung der Mieter. Um diese möglichst gering zu halten, sind öffentliche Mittel 25 Jahre rückzahlungsfrei.

Zu den Braschegründen: Zur Versorgung dieses Gebietes ist die Errichtung der dritten Wasserleitung notwendig. Seit dem Ankauf 1962 ließ man die Zeit keineswegs ungenutzt verstreichen: es wurden die Kläranlage Blumental, das Fernheizwerk Süd und die Montagefabrik Süd gebaut.

Zur Wohnungsvergabe: Die Veröffentlichung der Vergabungen durch Anschlag oder Anführung im Amtsblatt könnte für die neuen Mieter unangenehm sein, da sich eine Flut von Vertretern auf sie stürzen würde.

Wiedervermietungen: Heuer wurden 3.312 Wiedervermietungen durchgeführt; es handelte sich hauptsächlich um Kleinwohnungen, die durch Tod frei wurden. Diese Wohnungen ohne Baukostenzuschuß wurden vor allem an pensionierte Hauswarte, Schuldiener etc. vergeben.

Wenn die Gemeinde nur mehr für sozial Bedürftige bauen würde, könnte das zur Entstehung von Arme-Leute-Siedlungen führen, was unbedingt vermieden werden muß.

Zum Assanierungsgesetz: Der Entwurf zu diesem Gesetz liegt seit über einem Jahr in der Schreibtischlade des Bautenministers. Es wäre zu wünschen, daß der Entwurf endlich zur Stellungnahme veröffentlicht wird.

Hinsichtlich eines Grundbeschaffungsgesetzes sollte man entsprechende Gesetze in der Deutschen Bundesrepublik und in Italien als Vorbild nehmen.

Verrechnung der Heizkosten: An den in den Wohnungen montierten Verdunstungszählern läßt sich der Wärmeverbrauch nicht ohne weiteres ablesen. Pro Haus gibt es einen geeichten Zähler, der den gesamten Wärmebezug registriert; die Kosten pro Mieter werden dann mit Hilfe der Verdunstungszähler ermittelt.

Einbaumöbel: Früher wurde die Hälfte der Wohnungen mit Einbaumöbel versehen, jetzt ein Drittel.

Bargeldlose Mietzinszahlung: Nur ein Viertel der Mieter besitzt ein Girokonto. Für drei Viertel würden sich daher weitere

Wege als nur bis zum Hausbesorger ergeben. Aufzüge: Nachträgliches Einbau nur dann möglich, wenn sich Mieter mit Änderung des Mietvertrages und Übernahme der Betriebskosten (600 S pro Monat) einverstanden erklären. Die Einbaukosten von 300.000 Schilling trägt die Gemeinde.

Wohnbaufonds: Von diesen Mitteln werden Ende des Jahres nur mehr 44,8 Millionen Schilling übrig sein.

Wohnungsverbesserungsgesetz: Als Beweis für die rasche Arbeit des Wohnungsamtes: den Interessenten wird bereits ab 1. Jänner 1970 ein diesbezügliches Merkblatt der Gemeinde Wien zur Verfügung stehen.

Abstimmung: 11. Hauptstück mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Ein Antrag der DFE wurde zugewiesen.

Unterbrechung der Sitzung um 16.30 Uhr.

Die Beratungen werden morgen Donnerstag, den 18. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe XII, Wirtschaftsangelegenheiten, fortgesetzt. Referent ist St dtrat Dr. Pius Prutscher (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Wohnungsdebatte (Zusammenfassung)

Wien, 17. 12. (RK) In seinem Budgetreferat über die Verwaltungsgruppe Wohnungswesen (Ausgaben 2.413 Millionen) konnte Stadtrat Reinhold Suttner (SPÖ) feststellen, daß Ende November der tiefste Stand an vorgemerkten Wohnungssuchern mit 22.612 erreicht wurde. Das Kapitel Wohnungswesen wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Die städtische Wohnhäuserverwaltung verwaltet gegenwärtig 1.912 Wohnhausanlagen mit 174.350 Wohnungen und 9.186 Geschäftslokalen. Für 1970 rechnet man mit 262,5 Millionen Mietzinseinnahmen (plus 18,5 Millionen). Die zu den Wohnhausanlagen gehörenden Grünflächen machen bereits 4,5 Millionen Quadratmeter aus.

In den letzten zwölf Monaten wurden insgesamt 8.841 Wohnungen vergeben. Damit wird das ganze Gerede über angeblich unanbringliche Gemeindewohnungen ad absurdum geführt. Von insgesamt 5.259 baukostenpflichtigen Wohnungen, die heuer vergeben wurden, haben 2.940 Wohnungswerber den Beitrag zur Gänze erlegt. In 1.087 Fällen wurde ein Teilbetrag erlegt, in 307 Fällen wurde neben einer Teilzahlung der restliche Beitrag gestundet, in 308 Fällen wurde für den gesamten Beitrag Raten bewilligt und in 617 Fällen erfolgte eine gänzliche Stundung.

Die Vormerkungsbestimmungen sollen ab Jänner hinsichtlich des Überbelages erleichtert werden. Die Zahl der Wohnungssuchenden wird durch diese Maßnahmen wieder steigen. Niemand darf erwarten, schon innerhalb der nächsten 14 Tage eine Wohnung zu bekommen. Das Wohnungsamt ist derzeit dabei, alle Vormerkungen für Computerbearbeitung zu speichern.

GR. Dr. Tuma (DFP) bringt einen Antrag mit detaillierten Vergabemodalitäten durch die Bezirksvertretungen ein.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) begrüßt die angekündigte Lockerung der Vormerkungsbedingungen. Die Möglichkeit bargeldloser Mietenzahlung sei leider noch immer nicht verwirklicht. In der Praxis der Wohnungszuweisung sei man liberaler geworden, doch mache sich bei begehrten Wohnungen noch immer der Einfluß der Rathausmehrheit bemerkbar.

GR. Deistler (SPÖ) spricht von den vielfältigen Bestrebungen der Wohnhäuserverwaltung zu Verbesserungen. Die neuen Siedlungsgebiete verwandeln sich in blühende Gartenstädte. Die noch bestehenden 30 Zentralwaschküchen sollen durch maschinelle Kleinwaschküchen ersetzt werden. In Zukunft wird man versuchen, unter den Grünflächen der Wohnhausanlagen Parkplätze zu errichten.

GR. Kowarsch (ÖVP) meint, daß sich in Zukunft die Zahl der Wohnungswerber vermindern wird, weil sich viele eine Gemeindefinanzierung nicht leisten können. Die Lockerung der Vormerkbestimmungen sei aber zu begrüßen. Enorme Beträge könnten eingespart werden, wenn die Stadt Wien nur mehr für die wirklich sozial Schwachen baut. Das neue Wohnungsverbesserungsgesetz zur Sanierung alter Wohnungen könnte den kommunalen Wohnbau fühlbar entlasten.

GR. Schemer (SPÖ) erinnert an den Werdegang des sozialen Wohnbaues und konstatierte, daß heute sogar bei den Gegnern ein Umdenken stattfindet. Er kritisierte dann, daß zehntausende Privatwohnungen leerstehen, weil die Eigentümer auf Bestbieter warten. Bei Assanierungen muß die Gemeinde die Häuser zu horrenden Preisen aufkaufen und die Mieter in kommunale Wohnungen einweisen. Auch bei baufälligen Wohnungen muß die Gemeinde die Mieter unterbringen.

GR. Windisch (SPÖ): Wien brauche sich seiner neuen Wohnbauten nicht zu schämen. In anderen Städten sind vergleichbare Objekte keineswegs schöner. Die Hoffnung, daß das Mietrechtsänderungsgesetz etwas an den Ablösen ändern werde, sei trügerisch gewesen. Das Wohnungsverbesserungsgesetz werde nicht viel helfen. Mit dem zur Verfügung stehenden Betrag werden nicht mehr als 100 Wohnungen erneuert werden können. Als Alarmzeichen wertete Windisch, daß die größte Wiener Wohnbauvereinigung keinen Baugrund mehr hat, auf dem sie Wohnungen errichten könnte.

GR. Hahn (ÖVP) spricht als letzter Redner über das sozialistische Wohnbaukonzept, das, wie er sagte, viele Pferdefüße habe und viele Ungereimtheiten aufweise. Die ÖVP habe den Ablösewucher nie verteidigt. Das Wohnungsverbesserungsgesetz sei nur ein Anfang. Die Sozialisten haben im Nationalrat übrigens zugestimmt.

neuer direktor fuer den landwirtschaftsbetrieb

15 wien, 17.12. (rk) diensttag abend fand zugleich mit der verabschiedung des alten direktors die amtseinfuehrung des neuen leiters des landwirtschaftsbetriebes der stadt wien statt. in anwesenheit von buergermeister bruno m a r e k, den stadtraeten b o c k und n e k u l a sowie des generaldirektors der wiener stadtwerke, dr. r e i s i n g e r, wurde dipl. ing. herfried v i n c z e zum neuen chef der stadt-domaenen bestellt. der langjaehrige direktor des landwirtschaftsbetriebes, dipl. ing. j o s e f p i w n i c z k a, wurde nach erreichung der dienstaltersgrenze verabschiedet.

in ihren ansprachen hoben die ehrengaeste die verdienste des ausscheidenden, die vor allem auf dem gebiet der umstellung der betriebe von der gemischten auf die reine ''koerndlwirtschaft'' und in der rationalisierung zu finden sind, hervor.

der neue direktor hat vor, die landwirtschaftsbetriebe noch weiter zu spezialisieren und rationalisieren, da er selbst dank seiner langjaehrigen taetigkeit auf den muster-guetern ueber eine hervorragende erfahrung auf diesem gebiet verfügt.

1415

teile der wiener stadtverfassung aufgehoben

9 wien, 17.12. (rk) der verfassungsgerichtshof hat heute einige bestimmungen der wiener stadtverfassung wegen verfassungswidrigkeit aufgehoben. in dem von praesident a n t o n i o l l i muendlich verkuendeten erkenntnis ueber die von amtswegen und auf grund eines antrages der bundesregierung erfolgte pruefung der stadtverfassung hiess es, dass teile der paragraphe 14 und 24 im widerspruch zum art. 95, 2 stehen. bei diesen bestimmungen handelt es sich darum, dass ein gemeinderatsmandat waehrend eines strafverfahrens ab einleitung der voruntersuchung wegen eines nicht politischen verbrechens nicht ausgeuebt werden darf bzw. darum, c

./.

daß ein gemeinderatsmitglied durch das disziplinarkollegium unter bestimmten voraussetzungen an der teilnahme von der laufenden und von höchstens drei weiteren gemeinderatssitzungen ausgeschlossen werden kann.

als begründung fuer das erkenntnis wurde angeführt, dass die bestimmungen der wiener stadtverfassung ueber das passive wahlrecht enger gefasst seien als die entsprechenden bundesgesetzlichen bestimmungen. eine verletzung der menschenrechtskonvention oder der abgeordnetenimmunitaet wurde vom verfassungsgerichtshof nicht festgestellt.

im anschluss an dieses verfahren wurde mittwoch auch das beschwerdeverfahren des gemeinderates franz olah gegen die verfuegung des wiener buergermeisters vom 13. juni 1969 entschieden. der verfassungsgerichtshof gab der beschwerde auf grund der aufhebung des paragraphen 14, 4 der wiener stadtverfassung, der zum zeitpunkt der verfuegung des buergermeisters nach den feststellungen des allein zur pruefung der verfassungsmaessigkeit von gesetzen zustaeendigen hoechstgerichtes noch in geltung stand, statt. der verfassungsgerichtshof hat jedoch keine veranlassung gesehen, in seinem erkenntnis auf die frage, ob durch die faktische amtsbehandlung des buergermeisters eine verletzung der persoenlichen freiheit erfolgt waere, einzugehen. es wurde lediglich eine verletzung des passiven wahlrechtes, zu dem auch die ausuebung des mandates gehoere, festgestellt.

burgtheater-direktor hoffmann seit heute wiener

7 wien, 17.12.(rk) "ich gelobe, dass ich der republik oesterreich als getreuer staatsbuerger angehoeren, ihre gesetze stets gewissenhaft beachten und alles unterlassen werde, was den interessen und dem ansehen der republik abtraeglich sein koennte."

mit der ablegung dieses geloebnisses und der ueberreichung der verleihungsurkunde ist burgtheater-direktor paul hoffmann ab nun wiener buerger. die feierliche ueberreichung der urkunde ueber die von der wiener landesregierung verliehene oesterreichische staatsbuergerschaft fand mittwoch vormittag durch senatsrat dr. karl theuer, dem leiter der magistratsabteilung 61 (bevoelkerungswesen), im wiener rathaus statt.

senatsrat dr. theuer wies bei der verleihung auf die grossen verdienste um das kuenstlerische leben oesterreichs hin, die sich paul hoffmann seit vielen jahren erworben hat. hoffmann, dessen frau margarit gleichfalls das geloebnis ablegte, ist seit 1. september 1968 direktor des wiener burgtheaters. sein erstes engagement datiert jedoch viel weiter zurueck: 1956 bis 1958 spielte und inszinierte er am theater in der josefstadt. 1959 holte ihn der damalige burgtheater-direktor haeussermann ins haus am ring, dem er von da an ununterbrochen als schauspieler und regisseur angehoerte.

aber auch die josefstadt war noch nicht des burg-chefs fruehste verbindung zu wien. die reicht noch viel weiter zurueck-naemlich bis ins jahr 1924, als hoffmann ein semester lang an der wiener universitaet germanistik studierte. ja, und noch zwei oder drei jahre frueher - da gab's den nun wirklich ersten kontakt hoffmanns zu oesterreichs bundeshauptstadt: die dissertation, die der junge student der germanistik, kunstgeschichte und philosophie fuer die universitaet wuerzburg geschrieben hatte, befasste sich mit johann ludwig deinhardstein als dramatiker - und deinhardstein war bekanntlich von 1832 bis 1841 burgtheater-direktor.

die uebrigen stationen der kuenstlerischen karriere des 1902 in duesseldorf geborenen burgtheater-direktors als schauspieler und regisseur waren vor allem wuerzburg, wo er mit 22 jahren 1924 sein erstes engagement antrat, dresden (1927 bis 1945), zuerich, muenchen und schliesslich stuttgart, dessen staatliches schauspielhaus hoffmann von 1950 bis 1956 leitete.

trotz der vielfaeltigen beruehrungspunkte mit jener stadt, deren buerger er nun ist, hatte paul hoffmann eigentlich nie daran gedacht, in wien ansaessig zu werden. 'aber jetzt bin ich froh darueber, dass es so gekommen ist', meinte er 'und als juengster wiener fuehle ich mich natuerlich sehr wohl

1230

sitzung einer bezirksvertretung in dieser woche

8 wien, 17.12. (rk) in dieser woche findet folgende bezirksvertretungssitzung statt:

donnerstag, 18. dezember:

19.30 uhr, waehring, 18, martinstrasse 100, 2. stock.

1232

marek zum spruch des verfassungsgerichtes

21 wien, 17.12. (rk) der verfassungsgerichtshof hat mittwoch einige bestimmungen der wiener stadtverfassung wegen verfassungswidrigkeit aufgehoben. dazu erklarte buergermeister bruno marek vor journalisten: ''selbstverstaendlich nehme ich so wie jeder andere demokrat auch diese entscheidung von dem allein zur pruefung der verfassungsmaessigkeit der gesetze zustaendigen hoechstgerichtes widerspruchslos zur kenntnis.

aber ich muss neuerlich betonen, dass auch der verfassungsgerichtshof in seinem erkenntnis ausdruecklich darauf hingewiesen hat, dass die nun aufgehobenen bestimmungen der wiener stadtverfassung am 13. juni 1969 voll in geltung waren. als buergermeister und landeshauptmann, der ich zur wahrung der gesetze verpflichtet bin, musste ich daher damals der geltenden wiener stadtverfassung, die von gemeinderat franz olah eklatant verletzt worden war, respekt verschaffen. im gegenteiligen fall haette naemlich ansonsten ich das geltende recht missachtet.

ich moechte zudem auch darauf hinweisen, dass der verfassungsgerichtshof der beschwerde olahs gegen meine verfuegungen nur mit der begruendung recht gegeben hat, dass die rechtsgrundlage dafuer nicht verfassungskonform ist. das hoechstgerich hat jedoch nicht festgestellt, dass der beschwerdefuehrer in seiner persoenlichen freiheit verletzt worden waere.

die nun aufgehobenen bestimmungen der wiener stadtverfassung standen seit 1920 in geltung und waren auch bei der wiederverlautbarung der wiener stadtverfassung vor einigen jahren nicht angefochten worden. zudem gibt es zahlreiche andere bundeslaender, in deren gemeindewahlordnungen analoge bestimmungen enthalten sind. in niederoesterreich zaehlt sogar als grund fuer das ruhen des mandates die einleitung eines konkursverfahrens, waehrend dafuer in wien bis heute ein nicht politisches strafverfahren massgeblich war.''

hochschuljubilaeumsstiftung der stadt wien vergab 3,6 millionen

25 wien, 17.12. (rk) im rahmen eines festaktes in der wiener universitaet vergab buergermeister bruno m a r e k mittwoch nachmittag die foerderungsmittel der hochschuljubilaeumsstiftung der stadt wien mit einer gesamtsumme von 3,6 millionen schilling.

das stadtoberhaupt erklaerte in seiner ansprache: "als praesident der hochschuljubilaeumsstiftung der stadt wien habe ich heute die ehre, die foerderungsmittel aus dieser stiftung zu verleihen. ich freue mich, dass wir in diesem jahr 56 forschungsprojekte mit einer gesamtsumme von 3,6 millionen schilling unterstuetzen koennen. unter den gefoerderten wissenschaftlichen arbeiten befinden sich auch solche, die unmittelbar mit den beduerfnissen des modernen grossstadtlebens zusammenhaengen. zum beispiel untersuchungen auf dem gebiet der waermehygiene und ueber den laerm-schutz in der stadtplanung. einige arbeiten beschaeftigen sich mit der **geschichtlichen** entwicklung der wiener sozialstruktur.

mitwoch abend gab die wiener stadtverwaltung fuer die preistraeger der stiftung einen empfang. vizebuergermeister gertrude s a n d n e r begruesste dabei die gaeste namens des buergermeisters.